



Ausschuss für Europa und Internationales

21. Sitzung (öffentlich)

15. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:42 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten | 6 |
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387
- Ausschussprotokoll 18/488 (Anhörung am 31.01.2024)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD ab.

- 2** **Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Durchführung von Prüfungen zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz für Lernende (in erste Linie) in den Internationalen Förderklassen (IFK) / Vorbereitungsklassen / Willkommensklassen / Internationalen Klassen zur sprachlichen Erst-integration von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich** **9**

Vorlage 18/2300
Drucksache 18/8352

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung Vorlage 18/2300 zur Kenntnis.

- 3** **Regelung zum Einsatz von Rettungshubschraubern in Belgien** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])* **10**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2400

– Wortbeiträge

- 4** **Neue Grenzwerte für Schadstoffe in der EU** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])* **11**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2382

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Vorlage 18/2382 zur Kenntnis.

- 5** **Anrechnung von Erziehungszeiten im EU-Ausland auf die Rente** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3])* **12**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2384

– Wortbeiträge

- 6 Russische Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2395
- Wortbeiträge
- 7 Europa-Schecks** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2390
- Wortbeiträge
- 8 Aktualisierung zu geförderten Projekten mit Ländern des Globalen Südens** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1484
Vorlage 18/2394
- Wortbeiträge
- 9 Verschiedenes** **20**
- hier: **Zur kommenden Sitzung am 19. April 2024**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engsfeld** den zweiten direkt gewählten Bürgermeister der Kommune Tevragh Zeina aus dem Distrikt der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott, der heute mit seiner Delegation die Sitzung verfolge. Herr Minister Liminski sei für heute entschuldigt und werde durch Staatssekretär Dr. Mark Speich vertreten.

1 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387

Ausschussprotokoll 18/488 (Anhörung am 31.01.2024)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschusses – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und den Ausschuss für Europa und Internationales am 24.08.2023)

Dr. Werner Pfeil (FDP) führt aus, nicht nur das Einstein-Teleskop sei grenzüberschreitend für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. Als größtes Energieverbraucherland in Deutschland brauche man eine stabile Energieversorgung. Fusionstechnologie sei ein Punkt, an dem man weiter arbeiten könne. Neben Wind, Wasser und Solarenergie bestehe da eine gute Möglichkeit, als Vorreiter in Erscheinung zu treten.

In der Anhörung habe die Mehrheit der Sachverständigen den Tenor des Antrags unterstützt und habe hervorgehoben, dass es ein klares Bekenntnis der Politik für diese Technologie brauche. Er werbe für den Antrag und darum, das Ergebnis der Anhörung zur Kenntnis zu nehmen.

Jule Wenzel (GRÜNE) schickt voraus, ihre Fraktion könne dem vorgelegten Antrag nicht zustimmen. Auch nach der Anhörung ergebe sich das Bild, dass die Erfolge der Grundlagenforschung für Schlagzeilen instrumentalisiert würden. Fusionskraftwerke seien kein Ersatz für die Energiewende. Sie seien längst nicht marktreif und würden frühestens in den 2040er-Jahren verfügbar sein. Das habe die Anhörung mehr als deutlich gemacht. Es gebe nicht einmal einen technischen Entwurf für ein Demonstrationskraftwerk.

Die Fraktion der FDP wolle nun für das Projekt 1 Milliarde Euro aus den Mitteln für den Strukturwandel des Rheinischen Reviers abziehen. Das würde die notwendige und zeitnahe Transformation in der Region ausbremsen. Das Forschungszentrum Jülich habe klargemacht, dass es kein geeigneter Standort für ein Demonstrationskraftwerk wäre.

Deutschland und andere Staaten hätten viele Milliarden Euro in das internationale Projekt ITER investiert, mit dem die Fusionstechnik erforscht werde. Forscher*innen aus Deutschland seien an Forschung und Entwicklung beteiligt.

Laut Expertenaussagen zum vorherigen Antrag der FDP zur Fusionsforschung seien noch viele technische Fragen ungelöst. Die Frage, wie Technologie in die Wirtschaft transferiert werden solle, die noch in der Grundlagenforschung stecke, müsse man sich berechtigterweise stellen.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise könne es also keinen Ersatz für ein beherztes Eingreifen für eine innovative Industrie- und Energiepolitik geben. Diesem Ansinnen werde dieser Antrag nicht gerecht.

Da Herr Pfeil das Einstein-Teleskop schon erwähnt habe, möchte sie sich mit einem Appell an ihn wenden, dass er auch mit dem Bundesforschungsministerium spreche und dass man sich diesen Antrag in der Region vielleicht noch einmal zu Gemüte führe. Denn das wäre doch ein gutes Projekt für die Region, was man da zusammen anstoßen könnte.

Inge Blask (SPD) legt dar, Fusionstechnik könne, wie gesagt, in der Zukunft eine Lösung der Energieprobleme sein. Sie glaube, auch nach Rücksprache mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Wissenschaftsausschuss, dass das eine Technik sein werde, die erst 2040, 2050 oder 2060 voraussichtlich marktreif sein werde, dass man sie dann auch als Anlage hinstellen könne. Man sei gut beraten, jetzt in Wind und Sonne zu investieren und die vielen Projekte im Rheinischen Revier auf den Weg zu bringen, weil man die Probleme von heute dort lösen müsse. Ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Romina Plonsker (CDU) schließlichsich dem Votum der SPD und selbstverständlich des Koalitionspartners, der Grünen an. Über den Antrag habe am Mittwoch auch der Wirtschaftsausschuss diskutiert, der sei ja mitberatend. Es sei sehr bezeichnend, wie deutlich sich das Forschungszentrum in der Frage aufgestellt habe. Das habe Frau Wenzel gerade auch schon gesagt.

Vielleicht noch ein Aspekt zu den Strukturwandelmitteln, der sie besonders umtreibe. Dieses Thema beschäftige sie sehr. Sie halte es für sehr schwierig, Grundlagenforschung aus diesen Mitteln zu bezahlen. Es sei nie der Ansatz des Rheinischen Reviers gewesen, Grundlagenforschung aus diesen Mitteln zu finanzieren. Sie sehe da auch einige Projekte aus der Region heraus kritisch. Diesen Aspekt halte sie für wichtig.

Andreas Keith (AfD) meint, wie grundlastfähig Sonne und Wind seien, könne man gerade beispielhaft draußen sehen. Weder scheine die Sonne noch gebe es Wind. Das passe mit diesen ausschweifenden Fantasien nicht zusammen. Das mache aber nichts im Wolkenkuckucksheim der Grünen.

Er finde den Gedanken richtig, sich mit der Fusionstechnik auseinanderzusetzen, insbesondere den Versuch zu unternehmen, sich an die Speerspitze bzw. an den Beginn einer gewissen Entwicklung stellen, von der man hoffe, dass sie auch komme, damit man vielleicht in Zukunft grundlastfähige Energie habe, nicht so wie heute. Deswegen stimme seine Fraktion diesem Antrag gerne zu.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD ab.

2 Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Durchführung von Prüfungen zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz für Lernende (in erste Linie) in den Internationalen Förderklassen (IFK) / Vorbereitungsklassen / Willkommensklassen / Internationalen Klassen zur sprachlichen Erstintegration von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich

Vorlage 18/2300
Drucksache 18/8352

Vorsitzender Stefan Engstfeld legt dar, die Verwaltungsvereinbarung sei mit Unterrichtung durch den Präsidenten – Drucksache 18/8352 – zur Federführung an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie zur Mitberatung an den Integrationsausschuss und den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen worden.

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung Vorlage 18/2300 zur Kenntnis.

3 **Regelung zum Einsatz von Rettungshubschraubern in Belgien** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2400

Dr. Werner Pfeil (FDP) bedankt sich für den Bericht. Fragen habe er keine.

Er freue sich, dass es gerade bei dem schwierigen Verhältnis, was völkerrechtliche und grenzüberschreitende Verträge mit Belgien angehe, zu einer Verständigung komme. Am 28. März 2024 solle die Absichtserklärung zum Einsatz von Rettungshubschraubern grenzüberschreitend unterzeichnet werden. Seit Jahren warte die Region darauf. In der alten Legislaturperiode sei das auch Thema gewesen. Damals habe es verschiedene Anträge gegeben, die sich damit beschäftigt hätten, Rettungshubschraubereinsätze und die gegenseitige Hilfestellung bei Unfällen in den Grenzregionen zu ermöglichen.

Mit den Niederlanden sei das kein Problem gewesen, es sei geregelt. Mit Belgien sei es über lange Zeit ein Problem gewesen. Er freue sich auf den 28. März 2024, wenn die gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet werde.

4 Neue Grenzwerte für Schadstoffe in der EU (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2382

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Vorlage 18/2382 zur
Kenntnis.

5 Anrechnung von Erziehungszeiten im EU-Ausland auf die Rente (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2384

Dr. Werner Pfeil (FDP) merkt an, hier gehe es um eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, deren Folgen man derzeit noch nicht abschätzen könne. Es heiße im Bericht, dass eine genaue Bewertung für Nordrhein-Westfalen aufgrund fehlender Daten derzeit noch nicht erfolgen könne. Es handele sich aber um das klassische Thema der Bürgerinnen und Bürger, die grenzüberschreitend arbeiten und auf der anderen Seite der Grenze wohnen würden. Da wäre es interessant zu wissen, wie die Rechtsfolgen da aussähen.

Die Entscheidung sei gut. Auch wenn sie erst einmal nur diesen Einzelfall betreffe, werde sie Auswirkungen auf die Fälle haben, die genauso gelagert seien. Unter Umständen sollte man da die Datengrundlage verbessern, damit man wisse, wer davon betroffen sei.

6 Russische Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2395

Josef Neumann (SPD) bedankt sich für den Bericht zu dieser politischen, gesellschaftlichen, menschlichen Situation, die alle in den letzten Wochen und Monaten sehr beschäftigt und mitgenommen habe. Der Tod von Alexej Nawalny habe noch einmal gezeigt, wie Regime, insbesondere hier Russland, mit Menschenrechten und denjenigen umgingen, die Opposition ausüben würden.

Der Bericht der Landesregierung zeige sehr deutlich, wie notwendig der Schutz von Oppositionspolitikern sei, die hier leben und aus Russland stammen würden. Der lange Arm der russischen Geheimdienste scheine europaweit, weltweit bis nach Nordrhein-Westfalen zu wirken. Das werde eindeutig und klar in dem Bericht beschrieben. Deshalb müsse man alles tun, um sicherzustellen, dass weder Menschenleben noch Gesundheit oder anderes beeinträchtigt würden.

Zu einem Punkt wolle er die Landesregierung, den Vertreter des Ministeriums noch einmal um Antwort bitten. Das eine seien Oppositionelle, die bekannt seien; das andere seien alle die vielen Menschen, die nicht bekannt seien. Er nenne das Beispiel des einfachen russischen Studenten, der in Köln, Düsseldorf, Bonn oder Münster studiere, dessen Aufenthaltsgenehmigung ablaufe, der nicht in sein Land zurückkehren wolle, weil er damit rechnen müsse – wie viele andere Menschen in Russland auch –, dass er an die Front geschickt werde.

Diese Menschen würden aktuell in Nordrhein-Westfalen nicht mit einer Aufenthaltsgenehmigung unterstützt, im Gegenteil. Diesen Menschen werde nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung die Ausreise aus Deutschland, aus Nordrhein-Westfalen nicht nur nahegelegt, sondern sie werde auch proaktiv betrieben. Die Rückmeldung, die er und viele andere dazu bekämen, sei, dass diese jungen Leute klar und deutlich belegen könnten, dass die Einschätzung, dass sie an die Front kämen, um gegen die Ukraine zu kämpfen, sehr real sei, vor allem wenn man wisse, wie hoch die Zahl der Einberufungen in Russland sei.

Er frage, ob es bei dieser Praxis bleibe, dass diese Menschen ihren Aufenthaltsstatus nicht verlängert bekämen, dass sie Deutschland, Nordrhein-Westfalen verlassen müssten, um nach Russland zurückzukehren, und ob es nicht notwendig sei, eine neue Einschätzung angesichts der aktuellen Lage vorzunehmen, um diese Menschen zu schützen.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) gibt an, der Bericht beziehe sich auf den Schutz, der durchgeführt werde. Hier gehe es eher um eine aufenthaltsrechtliche Frage, die sich an Sicherheitsbelange knüpfe. Das Aufenthaltsrecht sei eine bundesgesetzliche Regelungsmaterie, auf die das Land nur in einem sehr mittelbaren Sinne Einfluss habe. Vielleicht wolle das IM, das für die Sicherheitsfragen zuständig sei, noch etwas

ausführen. Ansonsten müsste man die Antwort nachliefern, weil das ein anderes Ressort betreffe.

PD Alexander Stoll (IM) legt dar, als Vertreter des Innenressorts könne er leider keine Antworten zu aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen geben, könne aber ergänzend zu den Bericht, der vorliege, sagen, dass die formulierten Schutzmaßnahmen, die der Polizeidienstvorschrift entsprängen, unabhängig von dem Aufenthaltstitel seien.

Serdar Yüksel (SPD) führt aus, als Vorsitzender des Petitionsausschusses könne er zu den zahlreichen Fällen, die Dr. Bergmann und er einsehen könnten, sagen, aufenthaltsrechtlich werde ein Unterschied zwischen den Deserteuren und denjenigen, die wehrpflichtig seien, gemacht.

Wenn sich jemand nach akuten Kampfhandlungen ins Ausland nach Deutschland begeben habe, habe er eine Chance, im Rahmen eines BAMF-Verfahrens tatsächlich Aufenthalt zu bekommen, allerdings nicht diejenigen, die vorher den Kriegsdienst verweigerten oder sich dem Kriegsdienst entziehen würden, indem sie nach Deutschland geflohen seien und hier bleiben wollten.

In den Stellungnahmen, die der Petitionsausschuss dann bekomme, gebe es vier schöne Sätze, in denen stehe, dass russische Staatsbürger die Pflicht hätten, in ihrem Heimatland der Wehrpflicht nachzugehen und dass die Wehrpflicht in Russland die staatväterliche Pflicht sei, die abgeleistet werden müsse und dass das kein Grund sei, um in Deutschland zu bleiben.

Das sei sicher nicht nur ein Problem von Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit, wobei am Ende das Bundesinnenministerium im Gleichklang mit den hiesigen Behörden und mit dem hiesigen Ministerium verfare.

Dass seine Fraktion das heute noch einmal anspreche, habe damit zu tun, dass man da Sensibilitäten brauche und dass man das Thema aus seiner Sicht auch im Rahmen der Landesregierung besprechen müsse, ob man nicht einen anderen Umgang auch angesichts der Fortdauer des Krieges brauche. Der Kreis derjenigen, die eingezogen würden, werde größer. Jetzt schon seien viele Kriegstote zu beklagen.

Jetzt wäre der Hinweis wichtig, den Kollege Neumann gemacht habe, dass man sage, wenn man in der Frage glaubwürdig bleiben wolle, könne man nicht auf der einen Seite sagen, man schütze Dissidenten und wolle sich für die Sicherheit der Menschen, die hier seien, einsetzen; auf der anderen Seite schiebe man dann Leute nach Russland über die Türkei ab, weil sie nicht die Möglichkeit bekämen, sich aufgrund der Kriegsdienstverweigerung in einem europäischen Ausland, in Deutschland oder in Nordrhein-Westfalen aufzuhalten.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) hält fest, zu der Gesamtfrage könne das Ministerium noch einmal schriftlich Stellung nehmen. Das wäre sinnvoll.

Natürlich gebe es Statusunterschiede. Ein Deserteur sei mit dem sicheren Vollzug der Todesstrafe bedroht, wenn er zurück nach Russland gehe. Jemand, der wehrpflichtig

sei, sei perspektivisch mit dem Tod endenden Fronteinsatz bedroht. Er wisse, dass es schwierig sei, in den Kategorien zu differenzieren. Das müsse man aber, wenn man diese Einzelfälle betrachte. Das Ministerium werde noch einmal Stellung nehmen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, eine Nachbericht sei von Seiten der Landesregierung zugesichert worden. Die SPD-Fraktion sei damit einverstanden.

7 Europa-Schecks *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2390

Inge Blask (SPD) erklärt, ihre Fraktion freue sich über den Bericht, auch über den erfolgreichen Start der EU-Schecks. Die Anfrage des Kölner Stadt-Anzeigers habe sie verwundert, in der sich Minister Liminski etwas kritisch zu der Berichts-anfrage geäußert habe. Wenn etwas erfolgreich sei, könne man es auch hier darstellen.

Sie habe ein paar Fragen zu dem Bericht. Die Initiative sei gut angenommen worden. Sie frage, ob man die Parameter noch einmal überprüfen sollte, um diese bei Bedarf anzupassen.

Der Ausschuss habe die interaktive Karte zugeschickt bekommen. Als Abgeordnete aus Südwestfalen sei ihr aufgefallen, dass in Südwestfalen wenige Projekte, gerade im ländlichen Raum starten würden. Sie frage, ob man da noch etwas tun könne, um die gleichmäßige Verteilung in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Sie stelle fest, dass es offene Anträge in Höhe von 4,3 Millionen Euro gebe. Sie frage, wie man damit umgehe, ob es die Chance gebe, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Sie wüsste gerne, ob die Antragsteller auch beraten würden, ob es vielleicht andere Fördermöglichkeiten wie zum Beispiel LEADER gebe.

Romina Plonsker (CDU) bedankt sich für den Bericht. Sie freue sich sehr, dass die Initiative von CDU und Grünen in ganz Nordrhein-Westfalen so gut angenommen werde, dass auch das gesellschaftliche Engagement gefördert werde.

Sie freue auch, dass bei den zahlreichen Anträgen auch Mittel aus anderen Haushaltstiteln abgezogen würden. Die Flexibilität in den Haushaltstiteln sei sehr gut. Das sei haushalterisch alles korrekt. Sie sei zuversichtlich, dass man das auch über die Europawahl hinaus tragen könne, dass das Engagement für Europa aus dem Inneren der Gesellschaft komme, dass Europa gelebt und sichtbar werde. Es sei ein sehr schönes Zeichen, dass das Parlament, das das ja beantragt habe, das aus Haushaltsmitteln auch unterstütze.

Jule Wenzel (GRÜNE) schließlichsich dem Dank an, der für den Bericht und die interaktive Karte, die die Landesregierung zur Verfügung gestellt habe, geäußert worden sei. Sie finde es gut, wenn man es nachvollziehbar, transparent mache, wohin Förder-gelder gingen. Das sei eines Lobes wert.

Besonders sei sie erfreut darüber, dass die regionale Verteilung gleichmäßig sei. Wenn man sich die absoluten Zahlen anschau, dann könnte man verschiedene Parameter einsetzen, man könnte sagen, es gebe in jedem Landkreis ein Projekt. Man könnte aber auch nach Einwohnerzahlen gehen und sich anschauen, wie viele Menschen an welchem Ort wohnen würden. Es sei ja ein Projekt, das insbesondere die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger fördere. Die unterschiedliche Verteilung

habe damit zu tun, dass in einigen Teilen Nordrhein-Westfalens mehr Menschen wohnen würden als in anderen.

Es sei ein sehr gut gelungenes Projekt, auch schon in der Anlaufphase. Das zeigten auch vielen Beantragungen bei diesem Projekt, das die Zivilgesellschaft stärke und die Facetten einer lebendigen Demokratie sichtbar mache. Das zeige sich auch in der Vielfalt der Projekte. Da gebe es beispielsweise eine Ausstellung zu Honig aus europäischen Ländern an der Albert-Alfred-Förderschule in Duisburg, einen Deutsch-Französischen Tag im zakk in Düsseldorf, ein Fest der europäischen Begegnung, organisiert von einer Bürgerstiftung in Schwerte, und eine dreidimensionalen Europakarte aus Legosteinen in Kreis Soest. Das seien alles wundervolle Projekte, die Europa sichtbar machen würden und dazu einladen mitzumachen. Sie freue sich auf weiterhin positive Berichte über dieses Projekt.

Dr. Werner Pfeil (FDP) beglückwünscht CDU und Grüne zu der Initiative, zu der Bereitstellung der Gelder und dafür, dass man diese Projekte auf den Weg gebracht habe.

Er gebe zu, er habe sich seinerzeit im Plenum enthalten, weil ihm nicht klar gewesen sei, wie das Ganze angenommen werde oder funktionieren solle. Die Ergebnisse aus diesem Bericht würden zeigen, es funktioniere noch viel besser als ursprünglich von CDU und Grünen selber gedacht, zumal die Mittel schon ausgeschöpft seien und eigentlich noch viel mehr Mittel notwendig wären, um alle Projekte zu fördern.

Das sei ein großer Erfolg für dieses Projekt. Man sollte – das sei der entscheidende Punkt – weiterhin Wert darauf legen, dass solche Projekte einfach und flexibel beantragt werden könnten. Es sei der Vorteil dieser Europa-Schecks, dass nicht viel Bürokratie dahinterstecke, sondern dass jedes einzelne Projekt – Frau Wenzel habe es ausgeführt – aus den unterschiedlichsten Bereichen gefördert werden könne und damit für alle Europa so sichtbar werde, wie man es gerne hätte, was in der Vergangenheit oft an Bürokratie gescheitert sei. Das sei super. Seine Stimme für die Fortführung dieses Projektes wäre beim nächsten Mal dabei.

Dr. Günther Bergmann (CDU) findet es schön mit Blick auf diese Karte, dass es die Projekte weit ins Land verteilt gebe und nicht, auch wenn Belgien im leichten Vorteil sei, an der Grenze entlang, weil die Euregio, die Interreg-Mittel ganz viele andere Möglichkeiten eröffneten, zusätzliche Sachen zu projizieren. Es sei gut, dass das an dieser Stelle anders laufe, auch wenn er mit großem Bedauern feststellen müsse, dass sein Heimatskreis bis jetzt noch nicht mal ein Sternchen habe.

Was er sehr schön finde, was auch für die Internationalität dieser Landesregierung spreche, sei die Tatsache, dass die Karte, die vom Ministerium eingesetzt werde, eine englische Karte sei. Endlich heiße Kleve wieder Cleves, was viele Leute wahrscheinlich verwirren werde. Aber es heiße auch Cologne in dieser Karte. Das gebe einen internationalen Touch, den er bis vor Kurzem gar nicht für möglich gehalten hätte. Er bedanke sich für die Erinnerung an den historischen Namen Kleves mit Cleves. Dadurch verstehe auch jedermann, warum Cleveland Cleveland heiße.

Vorsitzender Stefan Engstfeld hält fest, Dr. Bergmann schaffe es in jeder Ausschusssitzung, etwas Niederländisches einzubauen.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) bedankt sich für das positive Feedback. Er würde auch sagen, dass man auf einen solchen Berichtswunsch nicht kritisch schaue, sondern geradezu dankbar, weil man dadurch die Gelegenheit habe, das Vorhaben etwas ausführlicher darzustellen. Es sei tatsächlich ein großer Erfolg. Das könne er unbefangen sagen, weil der Vorschlag auch im Landtag entstanden sei. Das sei ein ausgesprochen erfolgreiches Projekt, wie man im Bericht sehe.

Natürlich sei man bestrebt, dass man eine regionale Verteilung der Anträge habe, die ausgewogen sei und die eher ländlichen Gebiete entsprechend berücksichtige. Das sei völlig klar. Das spiele auch bei der Auswahl eine große Rolle.

Man müsse Abwägungen treffen zwischen Qualität und einem gewissen Regionalproporz. Am Ende sei aber jeder Antrag „geronnener Bürgersinn“. Es sei letztlich bürgerschaftliches Engagement. Da gebe es auch Grenzen der staatlichen Einflussnahme. Das müsse aus der Gesellschaft kommen. Das Ministerium könne es bekannt machen.

Das Programm sei schon sehr bekannt. Das zeige auch die Zahl der Anträge. Wenn man tatsächlich regionale Schwachpunkte entdecken sollte, würde man sich überlegen, ob man da vielleicht noch einmal kommunikativ etwas nachlege. Natürlich sei man auch dankbar, wenn aus dem Kreis der Abgeordneten das Vorhaben der Europa-Schecks in die entsprechenden Wahlkreise getragen werde. Auch das könne ein Instrument sein, um das Vorhaben noch bekannter zu machen.

Die einzige Sorge sei, dass es zu erfolgreich sei und die Mittel schnell ausgeschöpft seien. Man habe schon angefangen – das sei auch dem Bericht zu entnehmen –, Vorhaben umzuschichten, wo man sehe, das könne man mit den Europa-Schecks bewerkstelligen. Da, wo man besonders qualitativ hochwertige Vorschläge sehe, die finanziell sehr umfangreich seien, verweise man in der Tat auch auf andere Möglichkeiten der Finanzierung. Interreg sei genannt worden. Das hänge vom jeweiligen Antrag und vom jeweiligen Vorhaben ab. Natürlich bemühe man sich, auch da andere Wege aufzuzeigen.

Dass man bei diesem Vorhaben auf ein Wohlwollen des Haushaltsgesetzgebers fürs nächste Haushaltsjahr hoffe, liege nahe.

8 Aktualisierung zu geförderten Projekten mit Ländern des Globalen Südens (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1484
Vorlage 18/2394

Serdar Yüksel (SPD) bedankt sich für den Bericht. Die Herausforderungen des Globalen Südens würden nicht kleiner, eher größer. Man sehe, dass die Haushaltsituation auch dazu führe, dass in der nächsten Zeit das Engagement mit den begrenzten finanziellen Mitteln, was die Hilfe aus NRW anbelange, dazu führen werde, dass der Druck, die humanitäre Situation sich da nicht nachhaltig verbessern könnten.

Er habe drei konkrete Fragen, die erste Frage: Es gebe ein Projekt für Bildungsangebote für Frauen und Mädchen, insbesondere jesidische Mädchen, die als Geflüchtete in der Region Kurdistan, im Nordirak leben würden. Da wüsste er gerne, ob es ein Folgeprojekt für jesidische Überlebende geben werde. Bekannt sei, dass der Bundestag den Völkermord an den Jesidinnen und Jesiden anerkannt habe. Daran anknüpfend würde seine Fraktion eine Weiterführung des Projektes sehr befürworten.

Eine Delegation sei mit Minister Liminski in Erbil gewesen. Er kenne die Situation gut. Es wäre der Wunsch seiner Fraktion, dass man das hier fortsetze.

Das Zweite betreffe die Erdbebenregion Türkei, Syrien, wo auch geholfen worden sei. Insbesondere gebe es in der Türkei, was die Demokratiedefizite anbelange, ein großes Problem. Es gebe eine Million türkeistämmige Menschen in Nordrhein-Westfalen. Er rege an, bei neuen Projekten im Bereich Demokratieförderung, Pressefreiheit NGOs mit aufzunehmen. Bekannt sei, dass die Demokratie unter der Präsidentschaft Erdogans zunehmend eingeschränkt werde. Man täte aus eigenem Interesse gut daran, mit der hohen Anzahl der Türkeistämmigen auch die zivilgesellschaftlichen und demokratischen Kräfte zu stärken.

Wenn man sich die Flucht aus der Türkei anschau, dann gebe es eine Menge an geflüchteten Menschen, inzwischen an zweiter oder dritter Stelle, je nach Statistik, die aus der Türkei aufgrund der erheblichen Demokratiedefizite fliehen würden.

Drittens. Es sei zu lesen, dass der Fortschritt und die Wirkung der Projekte anhand der Verwendungsweise geprüft werde. Ihn würde interessieren, ob es Gespräche mit den Projektträgern gebe, ob die Landesregierung vor Ort gewesen sei, ob man sich die Umsetzung angeschaut habe. Er wüsste gerne, wie die Projekte insgesamt begleitet worden seien.

StS Dr. Mark Speich (MBEIM) bedankt sich für die Fragen. Es bestehe Einigkeit, dass die besonders vulnerable Gruppe der jesidischen Mädchen und Frauen weiterer Unterstützung bedürfe. Man sehe auch die Notwendigkeit, angesichts der starken türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland die Beziehungen zur Türkei auf allen Ebenen, auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene auszubauen. Das alles stehe – das sei

keine Überraschung – unter dem Vorbehalt der Haushaltsituation. Insofern könne er zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen treffen. Die Haushaltseckpunkte erwarte man für die nächste Woche. Dann werde es sicherlich einen Konzentrationsprozess geben. Das sei das, was er vermute. Dabei würden die für die Landesregierung besonders wichtigen Interessen eine Rolle spielen. Es sei aber am heutigen Tag zu früh, da schon eine ganz konkrete Antwort zu geben.

Was die Evaluierung, das Gespräch mit den Projektträgern angeht, passiere das auf unterschiedlichen Ebenen, unmittelbar mit den Projektträgern selber. Es sei in allen Fällen der Fall, dass man direkt im Dialog sei, zum Teil auch durch einen Besuch.

Hier sei ja auch das Thema Stärkung der Medienresilienz in Nordmazedonien aufgeführt, das habe der Minister selbst vor Ort in Augenschein genommen. Zum Teil geschehe es auch aus diesem Hause, Stichwort Ghana. Der Abgeordnete Lienenkämper hat sich das Projekt Solarfacharbeiter näher angeschaut. Da tausche man sich auch aus.

Bei der MENA Digital Summer School habe er sich persönlich mit den Teilnehmenden, aber auch mit dem Projektträger unterhalten. Es finde ein reger Dialog statt. Das könne er bestätigen.

Wenn man das Gefühl habe, dass eine Evaluation notwendig sei, wenn man in eine eher langfristigen Planung des Projektes gehe, sei das auch denkbar.

Auf eine Nachfrage von **Serdar Yüksel (SPD)** antwortet **StS Dr. Mark Speich (MBEIM)**, er habe bereits gesagt, die Türkei sei auch auf Ebene der Zivilgesellschaft ein zentral wichtiges Land. Deswegen werde das bei den Überlegungen, wenn man künftig die Anstrengungen konzentrieren wolle, sicher eine Rolle spielen. Das sei das, was er momentan vor den Haushaltsberatungen sagen könne.

Dr. Günther Bergmann (CDU) ergänzt, jenseits der geförderten Projekte gebe es auch viele Beteiligte aus Nordrhein-Westfalen, die in solchen Ländern aktiv seien, die auch begleiten würden und unmittelbar an der nordrhein-westfälischen Ebene angepflanzt sein, die NRW.BANK etc. pp.

Er habe selber auf einer Delegationsreise in den Libanon erlebt, dass in ganz unterschiedlichen Formen unterstützte werde, entweder durch deutsche Firmen, die vor Ort seien – Weller sei da zum Beispiel mit den Pumpen vertreten –, aber auch die Kreislaufwirtschaft, wo sich junge Frauen im Libanon selbstständig gemacht hätten und eng von nordrhein-westfälischen Fachleuten begleitet worden seien, bis hin zu den Finanzierungen.

Dabei komme dann allerdings oft eine Grenze, so sei das leider damals geschildert worden auf, wie diese Länder mit den Investoren umgingen. Wenn dann versucht werde, Wettbewerb über staatliche Macht wegzudrücken, stünden sowohl die Damen, die damals berichtet hätten, als auch die nordrhein-westfälischen Begleiter schnell hilflos da. Aber das werde auch gemacht, neben diesen Projekten. Das sei ein weiterer Punkt. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass da schon viel segensreiche Arbeit geleistet werde.

9 Verschiedenes

hier: **Zur kommenden Sitzung am 19. April 2024**

Vorsitzender Stefan Engstfeld kündigt den Besuch von Gästen der Academy of International Affairs NRW in der kommenden Sitzung am 19. April 2024 an.

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

4 Anlagen

09.04.2024/23.02.2024

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**
Nordrhein-Westfalen

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

28.02.2024

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 15. März 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 15. März 2024 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

Regelung zum Einsatz von Rettungshubschraubern in Belgien

Im Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 7. Dezember 2022 "Regelung zum Einsatz von Luftfahrzeugen im Rettungsdienst"¹ ist unter Punkt 2.5.7 (RTH-Standort Würselen) und 3.4 (Einsatzbereiche) der Einsatzbereich von Rettungshubschraubern (RTH) unter anderem in angrenzenden Gebieten, wie in Belgien und in den Niederlanden geregelt. Auch der Luftrettungsbedarfsplan NRW - LuftRBP NRW² sieht unter Kapitel 2.4.1 (Trärgemeinschaft RTH (öffentlicher Luftrettungsdienst)) die Einsatzmöglichkeit von Rettungshubschraubern über die Landesgrenzen hinweg vor. Karte 2 in Kapitel 2.4.1 des LuftRBP NRW zeigt ebenfalls, dass einzelne Rettungshubschrauber "einen über die Grenzen des Bundeslandes NRW hinausgehenden und - in Teilen – auch ins benachbarte Ausland reichenden Versorgungsauftrag"³ haben.

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif_nrw



FDPfraktionNRW

¹ [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_de-](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_de-tail_text?anw_nr=7&vd_id=20802&ver=8&val=20802&sg=0&menu=0&vd_back=N)

[tail_text?anw_nr=7&vd_id=20802&ver=8&val=20802&sg=0&menu=0&vd_back=N](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_de-tail_text?anw_nr=7&vd_id=20802&ver=8&val=20802&sg=0&menu=0&vd_back=N)

² <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV17-6577.pdf;jsessionid=465271E2BEA2ABA763F615341BD72C82>

³ Ebenda, S. 9.

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

Ist derzeit ein Einsatz des Rettungshubschraubers "Christoph Europa 1", der am RTH-Standort Würselen stationiert ist, auf belgischem Gebiet möglich?

Wenn nein, warum sind derzeit Einsätze nicht durchführbar?

Gibt es eine unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Königreich Belgien und Nordrhein-Westfalen, die den Einsatz von deutschen Rettungshubschraubern auf belgischer Landesfläche regelt?

Wenn "nein", wann wird dieser unterzeichnet?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner Pfeil

Mitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
Rechtsausschusses

Sprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

28.02.2024

Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 15. März 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 15. März 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Neue Grenzwerte für Schadstoffe in der EU

In der Europäischen Union (EU) sollen die Grenzwerte für Schadstoffe verschärft werden. Die Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament, welche von beiden Seiten noch offiziell beschlossen werden muss, sieht beispielsweise vor, dass die Grenzwerte für Feinstaubpartikel bis zum Jahr 2030 um 60 Prozent reduziert werden sollen. Die Luftverschmutzung in der EU hat beispielsweise zur Folge, dass im Jahr 2021 über 300.000 Menschen in den Mitgliedsstaaten gestorben sind. Durch die erzielte Einigung soll es aber zu keinen Fahrverboten kommen.¹

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

In welchen Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen werden aktuell die Grenzwerte der EU nicht eingehalten? Welche Kommunen müssen

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de



@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif_nrw



FDPfraktionNRW

¹<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/luftqualitaet-grenzwerte-eu-100.html>,
letzter Zugriff: 28.02.2024

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

nach Kenntnis der Landesregierung Maßnahmen zur Erreichung der neuen Grenzwerte einleiten?

Welche Maßnahmen möchte die Landesregierung landesweit ergreifen, um mögliche Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion **FDP**
Nordrhein-WestfalenFDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Europa und Internationales
Herrn Stefan Engstfeld MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Werner PfeilMitglied des Landtags NRW
Vorsitzender des
RechtsausschussesSprecher im Rechtsausschuss
Sprecher für Europa und
Internationales
Sprecher im Parlamentarischen
Untersuchungsausschuss
„Hochwasserkatastrophe“

28.02.2024

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für
Europa und Internationales am 15. März 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 15. März 2024
bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines schriftlichen Berichts der
Landesregierung zum Thema:

Anrechnung von Erziehungszeiten im EU-Ausland auf die Rente

Wenn europäische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ihre Kinder im EU-Ausland
erziehen, werden ihnen die Zeiten auf die nationale Rente angerechnet. Dies hat
der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden. Ursache für das Urteil ist eine
Rechtsstreitigkeit aus Nordrhein-Westfalen (NRW) gewesen. In diesem Fall hatte
eine deutsche Staatsbürgerin, die in den Niederlanden ihre Kinder groß gezogen
hat, geklagt.¹

„So erging es auch einer Frau aus dem deutsch-niederländischen Grenzgebiet:
Sie hat vor dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen geklagt, weil die Deut-
sche Rentenversicherung ihre Kindererziehungszeit in den Niederlanden nicht an-
rechnen wollte. Die Klägerin wohnte viele Jahre in den Niederlanden in der Nähe
von Aachen. Ihre Ausbildung hatte sie als Grenzgängerin in Aachen absolviert, war
aber nie sozialversicherungspflichtig tätig. Sie bekam zwei Kinder, die sie in den
Niederlanden aufgezogen hatte und war währenddessen nicht berufstätig. Erst

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211 884 4410
werner.pfeil@landtag.nrw.de
www.wpfeil.de

@FDPfraktionNRW



/FDPfraktionNRW



fdplif_nrw



FDPfraktionNRW

¹<https://www.tagesschau.de/ausland/eugh-urteil-kindererziehung-rente-100.html>, letzter Zugriff: 28.02.2024

**Freie
Demokraten**Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

viele Jahre später zog sie nach Deutschland und zahlte dann erstmals in die Rentenkasse ein. Als die Frau erwerbsunfähig wurde, rechnete die Deutsche Rentenversicherung die Kindererziehungszeit in den Niederlanden nicht auf ihren Rentenanspruch an. Der Europäische Gerichtshof sieht das anders: Für die Anrechnung kommt es darauf an, ob zwischen der Kindererziehungszeit im Ausland und der Versicherungszeit im Inland eine "hinreichende Verbindung" besteht. Dieses Kriterium hat der EuGH bereits in früheren Entscheidungen entwickelt. Deswegen war schon länger klar, dass grundsätzlich auch Kindererziehungszeiten im EU-Ausland bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden müssen. Neu ist aber, dass eine "hinreichende Verbindung" selbst dann besteht, wenn die Betroffene vor der Kindererziehungszeit im Ausland keine Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat.²

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

Welche Auswirkungen hat dieses Urteil des EuGH für NRW?

Wie werden Grenzgänger hierüber informiert?

Welche Änderungen bedeutet dies für die derzeitige Praxis in NRW (in Deutschland) bzw. in den Niederlanden und in Belgien?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Werner Pfeil

² ebd.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Europa und Internationales
Stefan Engstfeld, MdL

- per E-Mail -
nachrichtlich an

██████████
Ausschussassistentin

INGE BLASK, MdL
Sprecherin für Europa &
Internationales

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510

E-Mail:
inge.blask@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

5. März 2024

**Beantragung von Tagesordnungspunkten für die Sitzung
am 15. März 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende
Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und
Internationales am 15. März 2024:

**TOP 1 – Russische Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger, Deserteure
und Kriegsdienstverweigerer**

Am 16. Februar 2024 wurde der Tod des möglicherweise bekanntesten
russischen Oppositionellen und Putin-Kritiker, Alexey Nawalny, in einem
russischen Straflager bekannt. Die Umstände der Tat sind unklar, die Empörung
über das brutale und repressive Vorgehen Putins gegen Regimegegner ist groß.
Angesichts der Tatsache, dass das russische Regime selbst vor der Ermordung
von Oppositionellen, Menschenrechtsverteidigern und Deserteuren nicht
zurückschreckt, ergeben sich folgende Fragen:

- Wie schätzt die Landesregierung die Sicherheitslage für russische
Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger und Deserteure in
Nordrhein-Westfalen ein?
- Welche Möglichkeiten bietet die Landesregierung, damit russische
Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger, Deserteure und

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Kriegsdienstverweigerer in Nordrhein-Westfalen Schutz vor dem russischen Regime finden können?

- Welche Handlungsoptionen und -maßnahmen prüft die Landesregierung, um Schutz für die genannten Personengruppen zu leisten?

TOP 2 – Europa-Schecks

Minister Liminski hat sich in einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2024 über den „erfolgreichen Start“ der Landesinitiative Europa-Schecks gefragt. Zum 1. März 2024 lief der dritte Stichtag zur Antragstellung ab.¹ Angesichts der jüngst abgelaufenen Antragsfrist möchten wir folgende Fragen stellen:

- Wie viele Anträge wurden zum jüngsten Stichtag gestellt, um eine Förderung durch die Europa-Schecks zu erhalten?
- Welches Fördervolumen wurde seit Projektbeginn bisher beantragt und welches Fördervolumen wurde letztlich durch die Landesregierung bewilligt?
- Was lässt sich zur regionalen Verteilung der bisherig genehmigten Mittel für die Europa-Schecks sagen?
- Wie beurteilt die Landesregierung die inhaltliche sowie die regionale Diversität der antragstellenden Akteurinnen und Akteure?
- Welche Maßnahmen möchte die Landesregierung ergreifen, um eine noch breitere Sichtbarkeit der Europa-Schecks zu generieren und damit die inhaltliche und regionale Diversität der antragstellenden Akteurinnen und Akteure zu erhöhen?

TOP 3 – Aktualisierung zu geförderten Projekten mit Ländern des Globalen Südens

Auf Vorlage 18/1484 hat die Landesregierung am 14. August 2023 auf einen Berichtswunsch meiner Fraktion unter anderem eine tabellarische Übersicht von durch die Landesregierung geförderte Projekte in DAC-Ländern zur Verfügung gestellt. Einige genannte Projekte sind jüngst ausgelaufen. Dazu

¹ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/landesinitiative-europa-schecks-erfolgreich-gestartet>



zählen die Projekte: Grüne Wirtschaftsbelebung durch Kreislaufwirtschaft in Ghana (bis 28.2.2024), Kommunaler Fachaustausch im Rahmen der Länderpartnerschaft NRW-Ghana (bis 31.12.2023), Kompetenznetzwerk Solartechnik und Berufsbildung Ghana (bis 31.12.2023), Stärkung der Medienresilienz in Nordmazedonien (bis 31.12.2023), MENA Digital Summer School (bis 15.12.2023), Berufs- und Beschäftigungschancen für syrische Flüchtlinge und jordanische Jugendliche als Solarfachkräfte in Jordanien II (bis 31.01.2024), Klinisches Praktikum für Medizinstudierende aus dem Nahen Osten (Palästina und Jordanien) an der Universität Düsseldorf bzw. ihrem Universitätsklinikum (bis 31.12.2023), Bildungsprojekt für jesidische Überlebende (31.12.2023).

Angeichts der jüngst abgelaufenen Projekte fragen wir die Landesregierung:

- Liegen der Landesregierung für die genannten Projekte Kenntnisse vor, ob eine Evaluation der Projekte stattgefunden hat oder noch stattfinden wird?
- Wie beurteilt die Landesregierung selbst den Fortschritt der einzelnen Projekte und die Wirkung der Projekte in den jeweiligen Ländern?
- Gibt es an die ausgelaufenen Projekte anschließend Folgeprojekte, die ebenfalls von der Landesregierung gefördert werden sollen?
- Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung im Sinne ihrer internationalen Partnerschaften aus den ausgelaufenen Projekten gezogen?

Wir bitten die Landesregierung um jeweils einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask Mdl